

Bericht aus dem Bundeshaus

Frühlings-Session 2003

Es war die Session der Parlamentarischen Initiativen. Und wieder gelang es nicht, persönliche Vorstösse zu behandeln. Der Beginn des Kriegs in Irak überschattete die dritte Sessionswoche. Ich berichte wieder über Schwerpunkte, die ich bearbeitete oder die für unsere Fraktion besonders wichtig waren. Meine beiden EVP-Kollegen schreiben ebenfalls jeweils aus ihrer Perspektive.

Den Auftakt zur Frühlingsession gab die Verlängerung des Bundesbeschlusses über die ärztliche Verschreibung von Heroin. Christian Waber (EDU) vertrat die Mehrheit unserer Fraktion. Er stellte den vielgepriesenen Erfolg in Frage. Er zeigte die Hoffnungslosigkeit des Süchtigen auf, der in der Sucht gefangen bleibt und auf einen nie eintretenden Ausstieg vertröstet werde. Versprechen der Vergangenheit wurden nicht eingelöst: Die Krankenkassen müssten nicht finanzieren, nur Schwerst-süchtige bekämen Zugang, strikte Kontrollen und wissenschaftliche Begleitung würden Missbräuche ausschliessen und Mehrfachkonsum werde ausgeschlossen. Diese heroischen Versprechen wurden nicht gehalten. Das Programm wurde zur bequemen Alternative - wenn auch soziale Verbesserungen

zu erkennen sind. Kantone, die glaubten, durch die Abgabe Leute für einen Ausstieg zu gewinnen, wurden enttäuscht. Stattdessen schloss man auf Entzug ausgerichtete Institutionen oder entzog ihnen die Mittel. "Jeder Tag in der Sucht ist ein verlorener Tag im Leben eines geknechteten Menschen." Mit 112:42 Stimmen bei elf Enthaltungen verlängerte der Nationalrat das Programm bis ins Jahr 2009. Zwischen den Zeilen können Sie lesen, dass man offenbar der Revision des Betäubungsmittelgesetzes noch nicht traut. Wir werden diese Gesetzesänderung aller Voraussicht nach nicht mit-tragen können und werden in der Debatte auf mögliche Gefahren und ungelöste Fragen hinweisen. Dazu habe ich bereits in meinem ersten Ratsjahr eine Interpellation eingereicht, auf die der Bundesrat sehr ausweichend antwortete.



Der Bundesrat in seiner aktuellen Zusammensetzung. Gegenüber dem Vorjahr wurde das Bild heller, farbiger und mit Stil versehen. Böse Zungen fragen: Was unterscheidet unseren Bundespräsidenten von Louis XIV? (Er habe die grössere Schuhnummer.) Mit einem Teleobjektiv hätte man die Foto vorteilhafter gestalten können.



Liebe Freunde

Was gegenwärtig in der Bundespolitik abläuft, schockiert mich als "anständigen" Politiker.

Da ist zum Beispiel der Auftrag des Volkes, das in der Abstimmung über die Asyl-Initiative "ein Zeichen gesetzt" hat. Es muss etwas ändern in der Asylpolitik. Die Staatspolitische Kommission SPK hat den Auftrag gefasst, bis zur Sommer-Session das entsprechende Gesetz zu bearbeiten, und zwar parallel zum Ausländergesetz, welches ebenfalls in Revision ist.

Während die SP ängstlich alle Reformen als "Verschärfung" zurückweist, blockt die SVP jeden Vorschlag ab, der nicht so weit geht wie ihre Initiative (die, wenn auch knapp, vom Volk verworfen wurde). Und warum? Um sich das Thema für den Wahlherbst warm zu halten! So kommen keine Mehrheiten und damit auch keine Lösungen zustande. Ist das noch eine Politik im Dienst der Bevölkerung?

Wir brauchen Leute im Parlament, die ihr Sitzungsgeld verdienen, indem sie nach Lösungen suchen und die auch Hand bieten, wenn gute Vorschläge von der Konkurrenz kommen. Extreme mögen in der Arena unterhalten, aber sie führen uns nicht weiter. Die Wahlen vom kommenden Herbst lassen grüssen!

Herzlich, Ihr

Walter Donzé, Grassiweg 34, 3714 Frutigen
walter.donze@freesurf.ch

Privilegien – und mein “Justiziometer”

Wie stark Interessen die politischen Entscheidungen im Rat beeinflussen, zeigte sich nicht nur beim Kulturgütertransfergesetz, sondern auch bei den Höchstgrenzen für Mehrwertsteuer-Zuschläge zugunsten von AHV und IV. In der Regel setzt sich da eine bürgerliche Mehrheit durch, die den Vermögenden Vorteile einräumt. Wenn es dann um die Finanzen geht, gibt man sich nicht mehr Rechenschaft, dass diese Privilegien zu Löchern bei den Steuern führten. Dann fordert man Kürzungen bei den Zuwendungen an weniger Bemittelte. In diesem Prozess schlägt jeweils mein Gerechtigkeitsempfinden Alarm. (Mein “Justiziometer” ist übrigens mit Kopf UND Herz verbunden. Es fordert nicht nur Mitleid, sondern auch Selbstverantwortung, soweit diese erwartet werden kann.)

Differenzen zum Ständerat waren in der ersten Woche beim Kernenergiegesetz, bei der Gentechnik und beim Postgesetz (Poststellen) zu bereinigen. Die Folgen der Privatisierung müssen wir akzeptieren. So fordere ich nicht, dass keine Poststellen mehr geschlossen werden dürfen - solange die Versorgung durch einen guten Hausdienst auch in abgelegenen Gebieten sichergestellt wird. In der Kernenergie konnten wir moderate Verbesserungen bewirken (siehe Seite 4, Abstimmungen). Dass die Lenkungsabgabe zugunsten der Forschung an erneuerbaren Energien schliesslich herausgekippt wurde, rückt mich näher an die Moratoriums-Initiative. Beim Umweltschutzgesetz (Gen-Lex Änderung) war die EVP sehr aktiv. Heiner Studer vertrat die Kommission, Ruedi Aeschbacher die Fraktion. Insgesamt können wir mit dem Resultat zufrieden sein. Die Vernunft setzte sich gegen rein materielle Argumente durch.

Promillegrenze 0,5 setzt sich durch!

Ein Bündel von Vorstössen zu Benzin, Diesel und Gas liegt auf dem Tisch. Für eine Lenkungsabgabe zugunsten schwefelfreier Treibstoffe findet sich eine Mehrheit. Gastreibstoffe werden verbilligt. Der Diesel bekommt die Begünstigung nicht, weil neben dem CO²-Vorteil die Gefährdung der Atemwege durch Kleinstpartikel erkannt wird. Unsere Leute setzen sich vehement für die Herabsetzung der Blutalkoholwerte im Strassenverkehr ein. Roland Wiederkehr als Präsident von Cross Road (Vereinigung der Strassenverkehrsoffer) legt auf den Tisch, dass diese Massnahme jedes Jahr schwere Unfälle und Verkehrstote vermeiden hilft. SVP-Vertreter wehren sich für die Landgasthöfe. Ich sage mir: Was nützt ihnen ein Gast, der im Spital liegt? Die Vernunft siegt: 101:74 Stimmen für den Anschluss an den Ständerat.

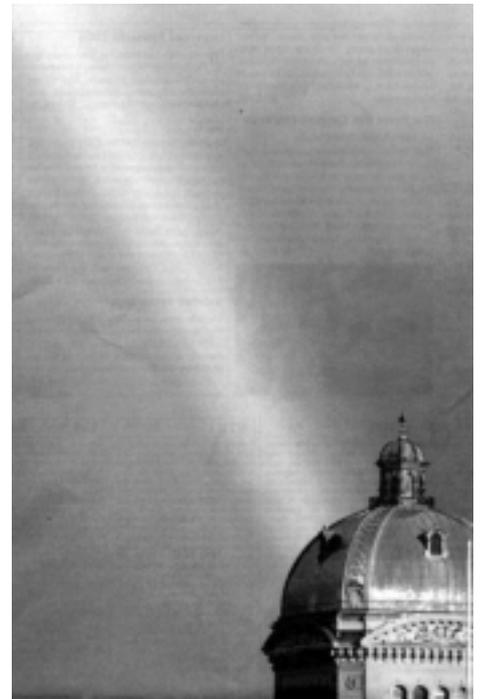
Der Ständerat stimmt parallel zu unseren Beratungen einem Fünfjahres-Rahmenkredit für die Entwicklungszusammenarbeit zu. Das interessiert mich natürlich, denn ich wurde als Präsident von Tear Fund Schweiz (Hilfswerk der Schweizerischen Evangelischen Allianz) angefragt und freue mich, wenn ich Missionswerken Türen öffnen kann.

Profilierungsversuche?

Dass Wahlen bevorstehen, merkt man auch, wenn Ratsmitglieder merkwürdige Aktivitäten entwickeln, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Mag ja sein, dass Ueli Giezendanner Freude am Formel 1-Rennsport hat, aber seinem jungen Kollegen Toni Brunner dürfte es ja nicht ernst gewesen sein, als er den Bundesrat fragte, ob er sich für die Austragung des Americas Cup auf einem Schweizer See stark machen würde (!).



Jetzt können die SVP-Leute aufatmen: Die Schweiz ist endlich eine Insel (Tagi-Karikatur)! Und weil die Schweizer so einzigartig gut sind, könnte man die Alinghi-Crew ja hier segeln lassen. Ausländer mit Stütz waren bei uns ja schon immer willkommen...



Der Regenbogen über dem Bundeshaus erinnert mich daran, dass Gott den Bund seiner Gnade mit uns Menschen nicht aufgekündigt hat. Wenn unser Volk nur wieder nach ihm fragen würde!

Was Präsidenten von Aufsichtsbehörden verdienen
Interessante Details wurden in der Fragestunde bekannt. Es verdienen:

- der Preisüberwacher CHF 92'918.– jährlich bei einem Pensum von 40 %.
- der Präsident der Wettbewerbs-Kommission WEKO CHF 100'000.– (30-50 %).
- der Präsident der ComCom bei 80 Stellenprozenten CHF 180'000.– (plus CHF 1000.– monatlich pauschal für auswärtige Übernachtungen)
- der Datenschutzbeauftragte bei 50 Prozent Beschäftigung CHF 116'148.– plus Ortszuschlag
- der Präsident der Eidg. Spielbanken-Kommission (50 %) CHF 100'000.–
- der Präsident der Eidg. Banken-Kommission (100 %) CHF 250'000.– plus Taggeld und Entschädigung für Aktenstudium.

Sicher: Diese Leute tragen eine grosse Verantwortung. Aber wenn ich so mit Behördenmitgliedern oder unseren Grossräten vergleiche, die in Leserbriefen angeprangert werden, dann frage ich mich schon, ob die richtigen Leute kritisiert werden. Pikant: Neben der Spielbanken- soll es demnächst noch eine Lotteriekommission geben. Da wehren wir uns aber!

Brocken - für mich und meine Kollegen

Der Schweiz droht eine Tabak-Epidemie. Zwischen 1992 und 1997 ging bei den 15-19jährigen der Anteil rauchender Personen von 23 auf 40 Prozent hinauf. Dies entspricht einem Anstieg um 70 Prozent! Unter den 20-24jährigen beträgt der Anstieg 23 Prozent. Grund genug, um uns auf die Hinteren zu stellen. Tabakbesteuerung ist nicht nur einträglich für den Bund. Empirische Studien belegen, dass ein höherer Zigarettenpreis den Konsum gerade in den sozial tieferen Schichten merklich zurückbindet. Der Ständerat passte sich unserem Rat an und baute die Kompetenz des Bundesrates für Preiserhöhungen aus. Einem Präventionsfonds, der aus der Abgabe gespiesen werden soll, wollte der Ständerat aber partout nicht zustimmen. Hartnäckig blieben wir dran und überzeugten schliesslich die Einigungskonferenz!

Die Wandelhalle des Bundeshauses bietet während der Sessionen Ambiente für diverse Gespräche. Hier geben sich die Lobbyisten die Ehre, und die Medien suchen interessante Gesprächspartner. Für die Ratsmitglieder gibt es einige PC-Arbeitsplätze.



Lohnt es sich, früh auf den Zug zu gehen?

In der Kommissionssitzung um 07.00 Uhr gab ich den Ausschlag, am Tabak-Präventionsfonds festzuhalten. Der Rat folgte dieser Empfehlung mit deutlicher Mehrheit. Früh Aufstehen hatte sich gelohnt! Für die Fraktion führte ich unter anderem aus: "Für uns ist es ein Widerspruch, dass wir die Produktion von Tabak mit Bundesmitteln stützen und dass wir einen Präventionsfonds, der sich durch den Konsumenten selber bezahlt, ablehnen wollen. – Die Jugend ist gefährdet, und wir halten dafür, dass der Zigarettenkonsum eben der erste Schritt auch zum Cannabiskonsum ist." Schon bei einer früheren Gelegenheit habe ich das Argument von einer "neuen Steuer" (ist in der Zwischenzeit zu einem Schlagwort der SVP geworden) entkräftet: "Niemand muss Tabaksteuer zahlen. Sie entscheiden selber, ob Sie rauchen wollen oder nicht!" Und dieses Mal doppelte ich nach: "Dieser Präventionsfonds ist die beste Sparmassnahme: Er wird von den Konsumenten selber finanziert, und er finanziert gleichzeitig die Prävention. Was wollen Sie denn eigentlich noch mehr?" Nachdem zum xten Mal die gleichen Gründe vorgetragen wurden, versuchte ich, die Optik wieder richtig einzustellen: "Schauen wir jetzt die menschlichen Schicksale an und nicht die Finanzen, die man nach Belieben bemühen kann. Und bringen wir auch keine formalistischen Gründe vor. Der Fonds ist möglich, und wir wollen ihn!"

Günstigen Wohnraum fördern oder nicht?

Ein weiterer Schwerpunkt der zweiten Woche war für mich das Gesetz über die Wohnraumförderung. Ein Rahmenkredit von 496 Mio. CHF für vier Jahre stand zur Diskussion. Die SVP wollte alles vom Tisch wischen. Die Diskussion gab uns eine Ahnung davon, was eintreten kann, wenn sie in den Wahlen nochmals kräftig zulegt. Dann wird es einen gnadenlosen Sozialabbau geben. Ich konnte, von Ruedi Aeschbacher gut unterstützt, die Mehrheit der Fraktion vertreten. Mit dem Bundesgesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum leistet der Bund einen wichtigen Beitrag, damit im Schweizer Haus auch weniger bemittelten Mitmenschen bezahlbarer, angemessener Wohnraum offen steht. Ich trat für eine gezielte und effektive Förderung ein. Die Schwächen des alten Gesetzes wurden ausgeräumt; das neue Gesetz steht auf der Grundlage eines frei funktionierenden Wohnungsmarktes.

Wie funktioniert eine Parlamentarische Initiative?

Statt mit einer Motion der Regierung einen verbindlichen Auftrag zum Vollzug eines Gesetzes zu erteilen, kann das Parlamentsmitglied direkt auf eine Änderung des Gesetzes hinwirken. Die Parlamentarische Initiative wird zuerst in der Kommission auf ihre Erheblichkeit hin geprüft. Wenn das Plenum ihr Folge gibt (1. Phase), geht sie weiter an die Verwaltung zur Ausarbeitung einer Vorlage und kommt zurück an die Kommission, die dem Rat Antrag stellt (2. Phase).

Das Ganze spielt sich natürlich auch in der zweiten Kammer ab. Erst wenn das Gesetz in beiden Räten die Schlussabstimmung überstanden hat, wird es rechtswirksam. Weil Motionen oft lange nicht behandelt werden, kam es zu einer "Inflation" bei den Parlamentarischen Initiativen.

Behandlungsreife Vorstösse

Jeweils zu Beginn der Session bekommen wir ein Papier, in dem alle persönlichen Vorstösse aufgeführt sind, die vom Bundesrat beantwortet und diskussionsreif sind. Ich habe mir die Mühe genommen, sie einmal zu summieren:

252 Motionen
99 Postulate
225 Interpellationen

Wo drückt die Parlamentsmitglieder der Schuh? Am meisten unerledigte Vorstösse verzeichnet das UVEK (170), gefolgt vom EJPD (110) und dem EDI (82). Finanzen und Volkswirtschaft haben je knapp 70, das EDA 39 und das VBS 27 offene Vorstösse. Deren neun fallen auf die Bundeskanzlei, und zwei sind beim Büro des Nationalrats hängig.

Um alle 576 Vorstösse zu behandeln, schätze ich mit einem Zeitaufwand von etwa 40 Sitzungstagen. Und dabei sind die Parlamentarischen Initiativen noch nicht gezählt! Fazit: Glückssache, wenn einer meiner Vorstösse behandelt wird!

Ganz im Sinne eines wirkungsvollen Einsatzes der beschränkten Mittel liegt die Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Wohnbauträgern und ihren Selbsthilfeorganisationen. Sie gehören zu den Garanten einer preisgünstigen Versorgung mit Wohnraum und auch für dessen Pflege und Unterhalt. Sie sind erprobte Partner der Behörden. Das neue WFG (Wohnraumförderungsgesetz) kann nun allen Kantonen, die nicht schon über entsprechende Gesetze verfügen, eine fertige Struktur bieten, damit sie ohne grösseren administrativen Aufwand nach ihrem eigenen Bedarf Wohnbauförderung betreiben können.

Angesichts der finanzpolitischen Lage beharrte der Ständerat in seinen parallel geführten Beratungen auf dem bisherigen Stand von 300 Mio. Franken. Ein Mehrheitsentscheid des Nationalrates scheiterte in den eigenen Reihen an der Ausgabenbremse (101 Stimmen erforderlich, Resultat: 95 Stimmen). Nach Bereinigung wurde das Gesetz in der Schlussabstimmung auf dem Stand von 300 Mio. Franken mit 137 gegen 43 Stimmen genehmigt. Unsere Fraktion stimmte geschlossen dafür.

Agrarpolitik 2007: Weichen gestellt, aber noch nicht unter Dach.

Das versprach, ein bedeutendes Geschäft zu werden: Unter grossem Zeitdruck behandelte die Wirtschaftskommission in drei ganztägigen Sitzungen über 100 Anträge zur Ausrichtung der Landwirtschaft auf die zu erwartende Marktöffnung in Europa. Für die Behandlung im Plenum waren 27 Minderheitsanträge aus der Kommission und etwa 70 Einzelanträge von Ratsmitgliedern gestellt worden. Erwartungsgemäss konnte das Geschäft nicht fertig beraten werden. Drei wichtige Fragen haben zu emotionalen Debatten geführt: die Milchkontingente, die Versteigerung der Fleisch-Importkontingente und die Direktzahlungen.



Auch die Landwirtschaft bekommt es zu spüren: Wir sind keine Insel in Europa. Die Europäische Union (auch ohne unseren Beitritt), die WTO und der Markt für die landwirtschaftlichen Produkte – sie fordern uns heraus, uns rechtzeitig auf die Zukunft einzustellen. Da nützt es nichts, zu "verhabe", sonst schaden wir uns selbst. Und weil "gouverner = prévoir" heisst, müssen Regierung und Parlament die Diskussion mit den Produzenten (Bauern) und den übrigen Marktteilnehmern führen. Die Politik hat dafür zu sorgen, dass die in der Bundesverfassung umschriebenen Wirkungsziele erreicht und negative Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft und Umwelt minimiert werden. Veränderungen sind unvermeidlich; wir müssen uns ihnen stellen. Gleichzeitig plädierte ich dafür, uns mit den Reformen die erforderliche Zeit zu lassen.

Das gemeinsame Anliegen unserer Fraktion waren die Kleinstrukturen, die nicht ungestraft übergangen oder gar zerstört werden dürfen. Ich verwies darauf, dass Regionen mit schwachem Gewerbe- und Dienstleistungssektor, die ohnehin schon ein unterdurchschnittliches Volkseinkommen aufweisen, dem gleichzeitigen Strukturwandel in Landwirtschaft und Tourismus ausgesetzt und damit über die Verhältnisse betroffen werden. Sorgfalt ist angebracht. Die Schweizer Landwirtschaft hat zwischen 1996 und 2000 Arbeitsplätze verloren, deren Ausmass grösser ist als ein definitives Swissair-Grunding! Die bisherigen Massnahmen haben im Durchschnitt den landwirtschaftlichen Arbeitsverdienst wieder etwa auf das Niveau von 2000 gehoben. Bezüglich der Kaufkraft liegt er aber noch etwa 10 Prozent unter dem Mass von Anfang der 90er Jahre. Ein weiterer Zusammenbruch der Produktpreise kann nicht nur die Bauernfamilie

und ihren Betrieb gefährden, sondern auch die Entwicklung einer Region empfindlich treffen. Ich plädierte dafür, die Bedeutung der Landwirtschaft für die Landesversorgung und die Pflege der Natur nicht zu übersehen. Rücksicht auf die Berggebiete zahlt sich aus: Eine genügsame und bescheidene Bevölkerung sorgt dort dafür, dass das Erholungsgebiet für das Wochenende und die Ferien gepflegt wird und dass die Naturkräfte gebändigt werden. Die Aufhebung existenzsichernder Instrumentarien muss deshalb wohl überlegt werden.

So gesehen, müssten wir gegen die Abschaffung der **Milchkontingente** reden. Wenn diese aber unausweichlich ist, dann soll der Ausstieg erst 2009 aufgrund eines bis 2006 vorliegenden Konzepts des Bundesrates und gemeinsam erfolgen und rechtzeitig kommuniziert werden, so dass

Hier haben wir die Abstimmung entschieden

- 85:80 Stimmen zugunsten der Hauszustellung der Post in allen ganzjährig bewohnten Siedlungen. Mit einem Grundsatz gaben wir uns nicht zufrieden. Der Service public muss gewährleistet werden. Die EVP für die Randgebiete!
- 93:88 Stimmen für die Minderheit Wyss: Verbot der Wiederaufbereitung von Brennelementen von Atomkraftwerken, jedoch mit Ausnahmebewilligung für vor dem 31. Dezember 2000 abgeschlossene Verträge. Das entspricht dem Ständerat und ist somit definitiv.
- Mit 90:88 Stimmen verhelfen wir der Minderheit bezüglich Abrechnungsmodus beim Entsorgungsfonds zum Durchbruch.
- 88:85 das Resultat bei Abstimmung über einen (moderateren) Einzelantrag von Therese Meyer bezüglich das ausserhalb des Landwirtschafts-Betriebs erzeugten Einkommens.
- In der Wirtschaftskommission (drei Tage Sitzung) konnte ich viermal mit meiner Stimme den Antrag an das Plenum bestimmen. Die Fraktion unterstützte meine Haltung im Rat.

sich die Produzenten einer "Branche" (Abnahmegarantie!) anschliessen können. Der Handel mit Kontingenten bot Stoff für ausgiebige Diskussionen, besonders die **Versteigerung der Fleisch-Importkontingente**. In der Kommission stellte ich den Antrag, darauf zu verzichten, weil die Mastbetriebe im Berggebiet (die schon bei der Milch klein beigegeben haben) um den Absatz ihrer Tiere und um den Fleischpreis fürchten müssten. Mit der Regelung, 10 Prozent der Kontingente an überwachte Märkte zuzuteilen, hat man einen mehrheitsfähigen Kompromiss gefunden, der nach Auskunft der Berater Preisstabilität verspricht.

Die Frage ist nun, wem gehört der Erlös aus der Versteigerung? Die SVP setzte zum Schlag an: Kein Franken in die Bundeskasse! Das Geld gehöre den Bauern. Stimmt aber nicht: Der Bund hat die Kontingente gratis zur Verfügung gestellt; sie wurden dann aber zu einem lukrativen Handel. Der Bundesrat wollte sich auch nicht "bereichern": Mit dem Erlös sollte die Entsorgung der Schlachtviehabfälle (BSE) finanziert werden. Aber die SVP setzte sich durch. Letztere Kosten seien der Volksgesundheit anzulasten. Die Ausgabenbremse funktionierte nicht (erforderlich 101 Stimmen, Abstimmung: 102). Angesichts der Bundesfinanzen (deren Sanierung zu fordern die SVP nicht müde wird) ist es unverantwortlich, dass ein Bereich der Volkswirtschaft so einseitig begünstigt wird.



Was bringt die Abschaffung der Kontingente? Mehrproduktion, Preiszerfall oder den grossen Markt? Das landwirtschaftliche Einkommen muss gesichert werden.

Und beim nächsten Thema demaskierte sich die SVP gerade nochmals: **Direktzahlungen** sind eigentlich als Abgeltung von Kosten gedacht, die durch den Markt nicht honoriert werden. Sie sind unter anderem Einkommensersatz. Richtigerweise hat man bisher eine obere Grenze gesetzt: Wer ein steuerbares (!) Einkommen von CHF 80'000 (Vermögen CHF 800'000) erreicht, hat keinen Anspruch auf Direktzahlungen. Mit der Begründung, es handle sich nicht um Ersatzeinkommen, sondern um die Abgeltung einer ökologischen Leistung, forderte

die SVP die Abschaffung der Einkommensgrenze. Einmal mehr pflegt sie die Gutbetuchten zum Nachteil derer, die auf dieses Einkommen angewiesen sind. Die einhellige Überzeugung unserer Fraktion war: Wo die Mitarbeit der Gattin im Betrieb benötigt wird, soll sie honoriert werden. Kann aber die Frau ein Einkommen ausserhalb (zum Beispiel als Lehrerin) erwirken, dann gehört gerechterweise dieses Einkommen angerechnet. "Wir wollen den Ruf der Landwirtschaft nicht aufs Spiel setzen," sagte ich am Pult, "Wenn die SVP das will, kann sie das tun. Wir wollen nicht Bundesgelder für Leute, die das nicht nötig haben. Ich mache darauf aufmerksam, dass diese Zahlungen haushaltneutral verschoben werden. Das heisst ganz klar: Diejenigen mit dem kleinen Einkommen sind die Geprellten, die mit den hohen Einkommen sind die Begünstigten."

Das Geschäft wird in der Sommersession weiter behandelt werden. Wir nahmen die Anliegen der kleineren und mittleren Bauern auf: möglichst naturnahe Produktion, hohe Qualität der Produkte und Schutz der natürlichen Grundlagen.



Walter Donzé, Nationalrat EVP, Grassiweg 34, 3714 Frutigen
Tel. P 033 671 29 59, G 033 672 50 10, Mail: walter.donze@freesurf.ch

Kriegsbeginn im Irak

Der Schatten des drohenden Krieges gegen den Irak lag über den Verhandlungen dieser Session. Am Morgen nach Ausbruch der Feindseligkeiten gab Bundespräsident Couchepin vor der Bundesversammlung eine Erklärung ab. Für unsere Fraktion sprach Heiner Studer: "Es besteht Einigkeit darüber, dass es diesen Krieg nicht hätte geben dürfen und, in diesem Zusammenhang, dass unser Land in jeder Hinsicht neutral bleibt... Wir lieben die Menschen, die im Irak leben, und deshalb wollen wir nicht, dass sie unschuldige Opfer sind; und wir lieben die Menschen in den USA, und diese Menschen sind und bleiben unsere Freunde." Einen Auswischer der Grünen gegen den frommen Fundamentalisten Bush konterte Heiner mit dem Hinweis auf das Gebetsfrühstück in Washington und das weltweite Gebet der Christen gegen den Krieg, und er erinnerte daran, dass wir alle Friedensstifter sein können und sollen.



Wirtschafts-Diskussion

Angesichts der gegenwärtigen Lage der Bundesfinanzen, ausgelöst durch überraschend fehlende Einnahmen infolge der Wirtschaftsflaute, gab es eine organisierte Debatte über die Frage des Wachstums und der Lehrstellen. Den fünf mir zur Verfügung stehenden Minuten versuchte ich auf eine ausserordentliche Art Gewicht zu verleihen: Ich trug mein Votum in Versform vor und bekam dafür vom Rat spontanen Applaus. Endlich hörte man sogar in den Medien, dass die EVP etwas zum Thema zu sagen hat!

Die Luzerner Zeitung druckte sogar den ganzen Beitrag ab (siehe Beilage). Für einen gebürtigen Luzerner eine ausserordentliche Ehre!

Sie erreichen mich im Bundeshaus:

Tel. 031 322 99 11
Fax 031 322 78 04
(während den Sessionen)

Das andere Votum

Organisierte Debatte vom 19. März 2003 zu dringlichen Interpellationen Wirtschafts- und Lehrstellenkrise
Mehr Arbeitsplätze

Als Fraktionssprecher stehen mir fünf Minuten zur Verfügung. Ich überlege, was wir zu sagen haben, und mache mich auf einen Schlagabtausch zwischen Links und Rechts im Rat gefasst. Wird man überhaupt hören, was die kleine E-Fraktion sagt?

Ich studiere die Interpellationen und die bundesrätlichen Antworten. Ich notiere mir einige Stichworte, und dann fängt es in mir an zu kribbeln. Dieses Votum hältst du in Versform! Also versuche ich, Reime zu finden und etwas Humor in die Sache zu bringen. Vor Sitzungsschluss am Abend melde ich mich ab und tippe meine Ideen in den PC in der Wandelhalle. So kann ich mir auf dem Heimweg nochmals alles in Ruhe durch den Kopf gehen lassen. Einige Retouches sind noch anzubringen, und dann steht das Votum.

Viele Ratsmitglieder, die nicht an der Debatte beteiligt sind, nutzen die Gelegenheit, um ausserhalb zu arbeiten. Der Saal ist schwach besetzt. Die Anwesenden aber sind aufmerksam. Der Geräuschpegel sinkt, und bei einigen ist ein Schmunzeln auszumachen. Am Schluss gibt es Applaus.

“Ratspräsident Yves Christen freute sich über das knappe Votum und schlug vor, dass sich künftig auch die anderen Votanten nur noch in Versform äussern sollen.”
(Kommentar Neue Luzerner Zeitung)

Tatsächlich, einige Medien nehmen den Beitrag auf. Ausschnitte sind in Printmedien, am Radio und sogar am Fernsehen zu sehen. Ein paar Leute kommen auf mich zu und möchten eine Kopie. Und schon gelte ich als “Hofdichter” im Bundeshaus – etwas zu viel Ehre, meine ich.

NZZ: “Walter Donzé (evp, Bern) trägt sein Votum in Versform vor (...dem Volkswirtschaftsminister Deiss wird’s unterm Stuhl schon langsam heiss...). Da für Dichtung das Feuilleton zuständig ist, wird an dieser Stelle auf eine Zusammenfassung verzichtet.”

Beilage zum “Bericht aus dem Bundeshaus”,
Frühlings-Session 2003
Walter Donzé, Nationalrat EVP

Ein Berner Namens Edi Janzen
Hat Sorgen wegen der Finanzen.
Die Zinsen sind derart im Keller;
Nun hat er weniger im Teller.
Doch DAS ist nur ein Teil vom Ganzen!

In unserem Land regiert zur Zeit die Bise.
Was führt uns raus aus dieser Krise?
Sind Lehrlingsstellen das Rezept?
Gibt’s Einigkeit für ein Konzept?
Wie lange dauert die Stagnise?

Dem Volkswirtschafts-Minister Deiss
Wird’s unterm Stuhl schon langsam heiss:
200'000 Arbeitslose
Und in der Wirtschaft – tote Hose!
Ob Deiss wohl einen Ausweg weiss?

Der Aufschwung kommt, verspricht der Bundesrat.
Doch warten wir vergebens auf den Staat.
Die Rechten wolen Steuern senken,
Die Linke darf daran nicht denken.
Wir lenken mit Bedenken und konsumieren den Salat.

Wer will im Angesicht von Steuerqualen
Impulsprogramme aller Arten zahlen?
Verschrieben wird trotz allem die Tinktur
Zur Förderung von KMU und Konjunktur.
Es grüssen schon die nächsten Wahlen!

Die Leute fürchten einen dreisten Rentenklau.
Ein jeder sorgt sich um die eigne AHV.
Trotz Ebbe in der Bundeskasse
Bedienen wir die Luxusklasse,
Begehren noch mehr Tunnel für den Stau.

Der Chef Finanzen, Kaspar Villiger,
Kann’s länger zwar, doch auch nicht billiger.
„Ihr könnt nicht immer alles fordern,
Sonst muss ich neue Steuern ordern!
Wer Einsicht zeigt, der macht mich williger...”

Sind wir am Ende?
Wer löscht die Brände?
Vermag die Banca Nazionale
Herbeizuführen das Finale?
Kommt bald die Wende?

Fast schwindlig wird’s dem Edi Janzen
Bei seinem Rundblick hin zum Ganzen.
Wie sehr auch das Bedürfnis brennt
Und wie das goldne Kalb sich immer nennt –
Es taugt nicht, dass wir länger um es tanzen.

Und die Moral von der Geschichte:
Allein mit Fordern geht es nicht!
WIR fordern hier ein neues Denken:
BESCHIEDENHEIT könnt’ vieles lenken.
Wir seh’n am Horizont ein Licht...